

ANFRAGE

des Abgeordneten Christian Hafenecker, MA
an den Bundesminister für Inneres
betreffend **Ermittlungen zum neuerlichen Datenabfluss aus Ermittlungsakten**

Vermutlich in einem Akt der Verzweiflung, angesichts jüngster Umfrageergebnisse zugunsten der FPÖ, kam es erneut zur Publikwerdung eigentlich vertraulicher Inhalte von Akten aus Ermittlungs- und Strafverfahren in der heimischen Justiz. Diese Aktenbestandteile, darunter Chats die über acht Jahre zurückliegen, wurden offenbar von bisher noch Unbekannten an diverse, wohlwollend berichtende Medien weitergeben, die diese wiederum veröffentlichten und zu skandalisieren versuchten.¹

Eines dieser Medien, „Der Standard“, berichtet selbst offen darüber, dass die ihm zugespielten Chats aus Aktenbestandteilen von Gerichtsverfahren gegen die Identitäre Bewegung stammen.² So etwa 2018, als ein Gerichtsverfahren gegen führende Identitäre wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und anderer Delikte stattfand und Großteils mit Freisprüchen ergebnislos endete. Ab März 2019 ermittelte die Justiz dann wegen des Vorwurfs der terroristischen Vereinigung gegen die Identitäre Bewegung, wobei wohlgemerkt bei der formellen Einstellung des sogenannten „Terrorverfahrens“ betont wurde, dass es sich „um nichtbegründete Spekulationen“ handelte und die zuständige Staatsanwaltschaft ohne plausible Begründung diese Annahme anstellte. Aus diesen Verfahren stammen nun die veröffentlichten Chats, die keinerlei strafrechtliche Relevanz aufweisen.

Durch die selektive Veröffentlichung von über Jahre zurückliegenden und zudem belanglosen Chatverläufen aus nicht öffentlich zugänglichen Akten bereits eingestellter Ermittlungsverfahren wird jedenfalls der Versuch unternommen, über Kontaktschuldketten Existenzen zu vernichten und Druck auf die politische Opposition in diesem Land auszuüben. Das kann und darf in einem demokratischen Rechtsstaat nicht geduldet und zur Normalität erklärt werden.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Inneres nachstehende

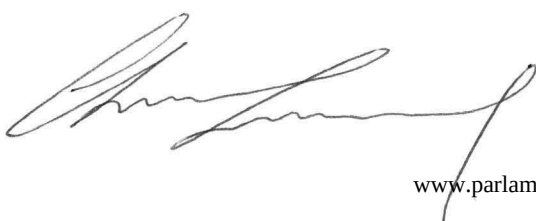
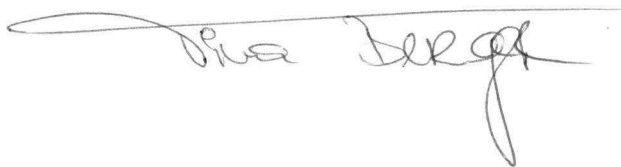
Anfrage

1. Ist dem BMI bekannt, dass vertrauliche Aktenbestandteile an Medien weitergegeben wurden?
2. Wann erlangten die Sicherheitsbehörden erstmals Kenntnis davon?
3. Welche Sicherheitsbehörde bearbeitet diesen Sachverhalt?
4. Wurde Anzeige erstattet?
 - a. Wenn ja, wann?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
5. Wird/wurde wegen des Verdachts der Verletzung des Amtsgeheimnisses oder anderer strafbarer Handlungen ermittelt?

¹ <https://orf.at/stories/3436854/> (aufgerufen am 25.07.2026)

² <https://www.derstandard.at/story/3000000332840/weitere-brisante-chats-der-identitaeren-woher-sie-stammen-und-welche-politiker-vorkommen> (aufgerufen am 25.07.2026)

6. Wurde das Bundeskriminalamt eingebunden?
7. Wurde das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung eingebunden?
8. Wurde die Direktion Staatschutz und Nachrichtendienst eingebunden?
9. Welche kriminalpolizeilichen Maßnahmen wurden bislang gesetzt?
 - a. Wurden IT-forensische Untersuchungen durchgeführt?
 - b. Wurden Serverprotokolle ausgewertet?
 - c. Wurden Zugriffsprotokolle auf elektronische Aktensysteme ausgewertet?
 - d. Wurde geprüft, ob Dateien kopiert, exportiert oder versendet wurden?
10. Liegen Hinweise auf Insider/„Maulwürfe“ innerhalb staatlicher Behörden vor?
11. Wurde geprüft, ob Medienvertreter aktiv zur Beschaffung vertraulicher Daten beigetragen haben?
12. Gibt es Hinweise auf eine organisierte Weitergabe vertraulicher Ermittlungsunterlagen?
13. Sind ähnliche Datenabflüsse bereits in der Vergangenheit festgestellt worden?
 - a. Wie viele Fälle wurden seit 2020 registriert? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren)
14. Wie viele Ermittlungsverfahren wegen Datenabflusses aus Behörden wurden seit 2020 eingeleitet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren)
 - a. Wie viele davon führten zu Anklagen?
 - b. Wie viele zu Verurteilungen?
 - c. Wie viele wurden eingestellt?
15. Gibt es Hinweise, dass personenbezogene Daten unberechtigt verarbeitet oder weitergegeben wurden?
16. Wurde die Datenschutzbehörde informiert?
17. Welche Zusammenarbeit erfolgt zwischen BMI und BMJ zur Aufklärung solcher Datenabflüsse?
18. Kann ausgeschlossen werden, dass Daten aus polizeilichen Ermittlungsakten stammen?
19. Welche Stellen und wie viele Personen hatten Zugriff auf die ursprünglichen Ermittlungsunterlagen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Organisationseinheit und Anzahl der zugriffsberechtigten Personen)
20. Wurden ehemalige Bedienstete oder externe IT-Dienstleister überprüft?



	Unterzeichner	Parlamentdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-09-28T16:16:46+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	